

Altersgruppen und Generationen: Konfliktlinien und Potenziale zur Integration

Kohli, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kohli, M. (2009). Altersgruppen und Generationen: Konfliktlinien und Potenziale zur Integration. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 9(2), 75-80. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-282250>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Velde, Cécile van de (2008): *Devenir adulte. Sociologie comparée de la jeunesse en Europe*. Paris: Presses Universitaires de France.



Prof. Dr. Louis Chauvel habilitierte 2003 am Institut d'Etudes Politiques de Paris, wo er nunmehr Professor ist. Seine Spezialgebiete sind die Analyse von Sozialstrukturen

und die Veränderungen zwischen Generationen. Seit 2005 ist Prof. Dr. Chauvel Generalsekretär der European Sociological

Association sowie Mitglied des Exekutivkomitees der International Sociological association (ISA).

Kontakt Daten:

Observatory for Social Change, 27, rue Saint-Guillaume, 75337 Paris Cedex 07 France

Tel.: +33 1 45 49 54 52

chauvel@sciences-po.fr

Altersgruppen und Generationen: Konfliktlinien und Potenziale zur Integration

von Prof. Dr. Martin Kohli (Übersetzung: Katharina Pöhlmann)

Abstract: Während die alte Klassenfrage zu Beginn des 21. Jahrhunderts gelöst zu sein scheint, tauchen neue Bruchlinien auf, zum Beispiel zwischen den Generationen. Diese ergeben sich durch historische oder strukturelle Umbrüche politischer, kultureller oder ökonomischer Natur. Der Grund, wieso Alterskonflikte nicht deutlicher hervortreten, liegt in der vermittelnden Funktion von politischen Parteien, Verbänden und der Familie. Obwohl immer wieder anders behauptet wird, begünstigt das Sozialsystem nicht einseitig die Älteren. Auch in politischen Entscheidungsprozessen gibt es keinen Beweis für eine vermeintliche Entwicklung hin zur Gerontokratie.

Die ‚rush hour‘ des Lebens kann als Ausdruck der Bruchlinien zwischen Altersgruppen bzw. Generationen betrachtet werden. Cleavages, die in den sozialen Strukturen verwurzelt sind, erzeugen das Potential für Konflikte; aber ob und in welchem Ausmaß sie für die Akteure beider Seiten zur Realität werden, hängt von deren Mobilisierung ab. Allerdings gibt es auch Verflechtungen über die Bruchlinien hinaus. In unserer Gesellschaft, die von demographischer Diskontinuität gezeichnet ist, hängen wir stark von diesen Verflechtungen ab, um die soziale Integration gewährleisten zu können. Sie werden von einer Reihe von Institutionen, wie den politischen Parteien und Verbänden einerseits und den Familien andererseits, erzeugt. Das Potential für Generationenintegration ist jedoch durch aktuelle Veränderungen der sozialen Strukturen und des

Wohlfahrtsstaates bedroht. Dieser Beitrag wird sowohl die Bruchlinien als auch die Potentiale ihrer Integration behandeln.

Alte und neue Ungleichheiten

Die ‚soziale Frage‘, die das Ende des 19. Jahrhunderts dominiert hat, war die Integration der Industriearbeiter, d.h., die Befriedung des Klassenkonflikts. Dies gelang dadurch, dass man den Arbeitern die Sicherheit eines stabilen Lebensverlaufs gab, wie z.B. durch die Institutionalisierung des Ruhestandes als normalen Lebensabschnitt, finanziert durch das staatliche Sozialversicherungssystem.¹ Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheint der Klassenkonflikt nicht mehr zu bestehen und sein Platz vom Generationenkonflikt eingenommen zu werden.² Die neue soziale Frage dreht sich um die Erhaltung des Generationenvertrags, also um die Unterstützung der Älteren und die Investition in die Jungen bei gleichzeitiger Wahrung von finanzieller Solidität und sozialer Gerechtigkeit.³ Dieser Perspektivenwechsel ergab sich einerseits durch den Erfolg des Wohlfahrtsstaates, der altersbezogene Forderungen und Verpflichtungen erzeugte und die Älteren zu seinen Hauptbegünstigten machte, und andererseits durch die derzeitigen demografischen Herausforderungen der niedrigen Fertilität und steigenden Lebenserwartung.⁴

Bewegen wir uns deshalb vom Klassenkonflikt hin zum Generationenkonflikt?⁵ Solch eine Behauptung muss zweifach problematisiert werden.⁶ Erstens ist zu berücksichtigen, dass der Konflikt oder der Wettbewerb

zwischen Alt und Jung um knappe Mittel an sich nichts Neues ist. Er ist auch ein verbreitetes Thema in historischen und anthropologischen Untersuchungen von vor-modernen Gesellschaften. Die Form und der Schauplatz dieses Konflikts haben sich durch die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats jedoch möglicherweise so verändert, dass die oben gestellte Frage berechtigt ist. Der zweite und für unseren Gedankengang wichtigere Punkt ist, dass die Bruchlinie zwischen den Generationen nicht nur per se, sondern auch im Hinblick darauf, wie sie von der fortgesetzten Existenz der Konflikte zwischen Arm und Reich (oder Arbeiternehmern und Eigentümern) ablenkt, zu bewerten ist. Dazu kommen andere Bruchlinien, die gewöhnlich als ‚neue‘ Dimensionen von Ungleichheit (als Abgrenzung zu den ‚alten‘ der Klasse) bezeichnet werden, etwa jene des Geschlechts und der Ethnie (oder ‚Rasse‘). Wenn man den Generationenkonflikt als neue Hauptbruchlinie der Gesellschaft betont, tendiert man dazu, diese anderen Ungleichheiten zu verharmlosen und damit ideologisch zu verbrämen.⁷ Das Alter ist die wichtigste Basis für öffentliche Ansprüche und Pflichten. Die staatliche Umverteilung über den Lebenslauf ist eines der stärksten Fundamente der von mir so benannten Institutionalisierung des Lebenslaufs als einer Sequenz von klar definierten Lebensperioden, jede mit ihrem eigenen Profil von erwarteten Rollen der Integration in soziale Strukturen, von kulturellen Erwartungen und von gesetzlichen Verpflichtungen und Ansprüchen.⁸ Das Le-

Staat	Jahr	Alter 0 - 17	Alter 18 - 25	Alter 26 - 40	Alter 41 - 50	Alter 51 - 65	Alter 66 - 75	Alter 76+
Australien	1999	87.6	120.4	108.6	122.0	92.0	67.0	63.5
Frankreich	2000	93.4	98.2	99.7	111.6	114.6	88.5	86.4
Deutschland	2001	90.0	95.8	100.2	113.1	112.0	88.8	83.8
Ungarn	2000	92.9	109.2	105.7	109.2	107.8	80.3	82.3
Italien	2000	89.1	101.8	105.6	105.3	112.8	86.2	77.2
Japan	2000	90.6	104.3	98.5	109.2	113.0	90.6	88.8
Schweden	2000	98.3	91.7	99.1	111.8	125.3	88.3	68.6
Schweiz	2001	85.5	109.2	101.2	109.5	114.5	91.0	78.2
Großbritannien	2000	88.4	106.2	108.0	121.3	108.5	77.2	71.0
USA	2000	86.7	93.6	103.5	113.9	121.4	96.8	80.6
OECD 25	2000	90.7	103.2	104.5	112.8	111.9	86.7	79.8

Tabelle 1: Relatives Einkommen nach Altersgruppe, ca. im Jahr 2000¹⁸

Staat	Jahr	Alter							
		0 - 17	18 - 25	26 - 40	41 - 50	51 - 65	66 - 75	76+	Total
Australien	1999	11.6	5.6	8.0	8.6	14.0	20.6	28.8	11.2
Frankreich	2000	7.3	7.6	5.6	5.2	6.6	9.9	11.3	7.0
Deutschland	2001	10.9	13.7	8.4	4.1	7.9	9.7	10.7	8.9
Ungarn	2000	13.1	7.1	7.5	8.2	7.2	5.5	4.8	8.1
Italien	2000	15.7	14.0	11.0	11.7	10.7	14.6	16.4	12.9
Japan	2000	14.3	16.6	12.4	11.7	14.4	19.5	23.8	15.3
Schweden	2000	3.6	14.4	4.9	2.8	2.4	4.6	11.5	5.3
Schweiz	2001	6.8	5.5	5.9	3.7	7.6	10.4	12.7	6.7
Großbritannien	2000	16.2	11.9	8.7	7.9	7.6	11.4	19.2	11.4
USA	2000	21.7	19.1	13.8	11.0	13.0	20.3	29.6	17.1
OECD 24	2000	12.3	11.5	8.7	7.5	8.9	11.4	16.5	10.4

Tabelle 2: Relative Armutsraten nach Altersgruppe, ca. im Jahr 2000

Staat	Zeitraum	Alter							
		0 - 17	18 - 25	26 - 40	41 - 50	51 - 65	66 - 75	76+	Total
Frankreich	1994 - 2000	0.2	- 0.7	- 0.4	- 0.7	- 1.2	1.5	- 3.5	- 0.4
Ungarn	1995 - 2000	2.8	0.0	0.8	2.2	2.2	- 0.2	- 6.2	0.8
Italien	1995 - 2000	- 2.9	0.4	- 3.1	1.2	- 1.2	- 0.1	0.2	- 1.3
Schweden	1995 - 2000	1.1	2.0	1.5	0.6	0.4	2.2	6.2	1.6
USA	1995 - 2000	- 0.6	0.2	0.1	0.8	0.0	3.4	4.0	0.4
OECD 24	1995 - 2000	0.9	0.7	0.5	0.8	0.5	0.1	- 0.2	0.5

Tabelle 3: Veränderungen der relativen Armutsraten nach Altersgruppe, ca. 1995-2000

benslaufprofil der empfangenen Transfers und geleisteten Beiträge zeigt, dass die Älteren die Hauptbegünstigten der Umverteilung durch Renten und Gesundheitsversorgung geworden sind. Diese Umverteilung ist relativ unproblematisch, solange wir davon ausgehen können, dass jeder die verschiedenen Lebensabschnitte durchlaufen wird. Altersgruppen haben keine fixe Mitgliedschaft, wie dies bei Geschlecht und Ethnie normalerweise der Fall ist, sondern eine regelmäßig wechselnde, indem alle Individuen gemäß einem institutionalisierten Kalender durch den Lebenslauf von einem Abschnitt zum nächsten wandern.⁹ Eine unterschiedliche Behandlung von Altersgruppen ist daher moralisch akzeptabel¹⁰ und

kann durch die verschiedenen Bedürfnisse der Altersgruppen oder durch vernünftige politische Ziele gerechtfertigt werden.¹¹ Das einzig wirkliche Problem liegt hier darin, dass die Menschen nicht alle gleich lang leben. Die unterschiedliche Lebenserwartung ist sozial geschichtet und stellt daher eine massive soziale Ungerechtigkeit dar. Die Umverteilung zwischen den Generationen ist dagegen von Natur aus problematisch. ‚Generation‘ kann als Position in der Abstammungslinie der Familie oder, gesellschaftlich, als Kollektiv aller Menschen, die während einer bestimmten Zeitperiode geboren wurden und die gleichen historischen Ereignisse teilen, definiert werden. Eine gesellschaftliche Generation hat daher eine fixe

Mitgliedschaft.¹² Es gibt keine Legitimation, Generationen ungleich zu behandeln – ungeachtet der Frage, wie weit in die Zukunft (oder in die Vergangenheit) die Gleichstellung ausgeweitet werden soll. Die Aufteilung von Belastungen und Belohnungen zwischen den Generationen ist richtig oder gerecht in dem Ausmaß, dass jede Generation dieselbe Behandlung wie die vorangegangene oder folgende Generation erwarten kann, während sie die verschiedenen Lebensabschnitte durchläuft. In diesem Fall ist es z.B. unproblematisch, dass die jüngere Generation während ihres Berufslebens durch ein Umlageverfahren die ältere Generation finanziert, weil jeder erwarten darf, dass seine eigene Rente ebenso von der nächsten Generation finanziert wird.¹³

Der Einfluss von historischen und makrostrukturellen Veränderungen

Leider sind Besser- oder Schlechterstellungen einzelner Generationen jedoch eher die Regel als die Ausnahme. Der Grund dafür liegt in der Prägung einzelner Kohorten durch historische Wendepunkte wie Kriege oder Systemänderungen. Diese variieren sehr stark von Land zu Land. Die Schweiz ist ein Beispiel für ein relativ begünstigtes Land, dessen jüngste Geschichte weniger ereignisreich war als die der meisten anderen europäischen Länder. Die USA sind ein ähnliches Beispiel. Die Generationenliteratur ist noch immer in großen Teilen eine amerikanische Literatur – wie die meisten sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen – und bezieht daher bis jetzt nicht mit ein, was die Menschen im Großteil Europas in Bezug auf historische Umbrüche erlebt haben. Es ist daher absolut notwendig, dass mehr als bisher eine europäische Perspektive miteinbezogen wird.

Die Ökonomie der demografischen Diskontinuität

Weitere Faktoren, die generationelle Bruchlinien verursachen können, sind kulturelle Veränderungen wie jene der 1960er Jahre und auch Veränderungen der institutionalisierten Muster des Lebenslaufs, die zu altersgestaffelten Erfahrungen, Verpflichtungen und Ansprüchen führen. Richard Easterlin¹⁴ veröffentlichte eine Analyse von wirtschaftlichen Bruchlinien zwischen Generationen, basierend auf der demografischen Diskontinuität zwischen ‚Babyboom‘ und Geburtenschwäche. Er argumentiert, dass große Geburtskohorten mit mehr Konkurrenz in der Schule, der Arbeit und am

Heiratsmarkt zu kämpfen haben und deshalb über ihren ganzen Lebenslauf benachteiligt sein werden. Als Konsequenz haben sie dann auch weniger Kinder. Für diese kleineren Geburtskohorten gilt das genaue Gegenteil, so dass sie auch wieder mehr Kinder haben werden. Dieses Argument wurde bis jetzt außerhalb der USA nicht bestätigt, jedoch ist es eine starke Erinnerung daran, wie demografische und wirtschaftliche Geschicke miteinander interagieren und dadurch unterschiedliche Kohorten produzieren. David Thomson¹⁵ behandelte den Wohlfahrtsstaat als generationelles Komplot. Er versuchte am Beispiel Neuseeland zu zeigen, dass eine Generation das System so gut zu nutzen wusste, dass sie alle Vorteile zusammenraffte, während andere, die früher oder später auf die Welt kamen, dafür zahlen mussten. Diese Generation erschuf zunächst einen Jugendstaat mit Wohnzuschüssen und Begünstigungen für junge Familien, und im Laufe ihres Lebens wandelte sie ihn dann in einen Wohlfahrtsstaat für Ältere um.¹⁶ Dies ist eine provokante Behauptung, die sich bis jetzt jedoch noch in keinem anderen Land bestätigt hat.

Wie schneiden die verschiedenen Generationen hinsichtlich des wirtschaftlichen Wohlstands ab? Die beste vergleichende Übersicht über die Einkommen von Altersgruppen oder Kohorten bietet eine OECD-Studie von Michael Förster und Marco Mira D'Ercole.¹⁷ Sie beinhaltet einheitliche Daten für den Beginn dieses Jahrhunderts von verschiedenen Ländern, wovon einige für die Tabelle 1 ausgewählt wurden. Es handelt sich um Nettoäquivalenzeinkommen, das heißt, dass das individuelle Einkommen der Größe des Haushalts angepasst wurde. 100 ist der Durchschnitt für die Gesamtbevölkerung. Kinder und teilweise auch Junge von 18 bis 25 liegen unter diesem Durchschnitt, ebenso wie die Älteren.

Das relative Einkommen von Kindern und Jugendlichen (also jenen zwischen 1 und 17 Jahren) war in der Dekade von 1985-1995 insgesamt sehr stabil. Einen leichten Anstieg gab es von Mitte der 1990er Jahre bis 2000. Junge Erwachsene haben in beiden Perioden an Boden verloren, was aus der Ausweitung von höherer Bildung, oder in anderen Worten, aus dem späteren Eintritt in den Arbeitsmarkt resultieren kann. Kinder und Jugendliche haben ein niedrigeres relatives Einkommen als die aktive Bevölkerung, wohingegen sich für junge Erwachsene ein un-

einheitliches Bild ergibt. In den meisten Ländern erreicht das Einkommen im mittleren Erwachsenenalter seinen Höhepunkt und sinkt dann wieder ab. Die Älteren schneiden schlechter ab als die aktive Bevölkerung und auch etwas schlechter als Kinder; die USA sind, zusammen mit der Schweiz, in dieser Hinsicht ein Sonderfall. Die ‚alten Alten‘ (75+) haben besonders niedrige Einkommen, erheblich niedriger als jene der ‚jungen Alten‘ (65-74). Auf Grund der Ausweitung der Altersvorsorge stiegen die Einkommen der Älteren ab Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre an. Dieser Trend hat sich danach jedoch umgedreht.¹⁹

Eine andere Beurteilung des wirtschaftlichen Wohlstands der Altersgruppen und Kohorten ergibt sich aus den Armutsraten, die all jene umfassen, deren Einkommen weniger als 50 Prozent des Median-Einkommens beträgt. Zu Beginn dieses Jahrhunderts betrug die Rate 10,4 Prozent in den 24 OECD Staaten. In den liberalen Staaten – Australien, Großbritannien und den USA – wiesen sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die Älteren viel höhere Armutsraten auf als die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dies ist in den meisten anderen Ländern weniger ausgeprägt. 17 Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung leben in relativer Armut gegen 5 Prozent der schwedischen Bevölkerung. Dies zeigt klar, dass Wohlfahrtsstaaten einen Unterschied machen (siehe Tabellen 2 und 3).²⁰

Das durch die Tabellen präsentierte stilisierte Bild zeigt eine massive Differenz der relativen Armutsraten zwischen liberalen und sozialdemokratischen Staaten, also den Wohlfahrtsregimen an den gegenüberliegenden Enden. Kinder und Ältere schneiden im liberalen System schlechter ab als die aktive Bevölkerung – nicht so im sozialdemokratischen System. Die beiden anderen Systeme, das ‚konservative‘ System im Westen Kontinentaleuropas und das ‚familiale‘ System im Mittelmeerraum, befinden sich irgendwo dazwischen. Italien, als Beispiel für ein familiales System, hat ein Muster, das sich auf die männlichen Brotverdiener kon-

zentriert. Trotz einiger Veränderungen der jüngsten Zeit ist das Rentenniveau dieser männlichen Brotverdiener noch immer sehr hoch. In einer langfristigen Perspektive blieb die Armut stabil oder stieg bei den Kindern sogar an. Nach den 1970ern sank sie bei den Älteren, dieser Trend stoppte aber ab der Mitte der 1990er. Man kann also bereits einige Effekte der jüngsten ‚Rentenreformen‘ – oder eher Rentenkürzungen – erkennen.²¹ Für die Politik bedeutet das, dass es zwar notwendig ist, sich auf die Unterstützung der Kinder (und ihrer Eltern) zu konzen-

Prozent der Befragten, die angaben, sie hätten gerne mehr oder viel mehr Staatsausgaben für Renten (Die Befragten wurden darauf aufmerksam gemacht, dass die Antwort ‚viel mehr‘ eine Steuererhöhung erforderlich machen könnte.)

Altersgruppe	Unter 30	30-39	40-49	50-64	65+
Kanada	34.8	23.4	24.6	30.5	20.5
Deutschland	45.5	41.6	41.6	48.4	51.7
Italien	55.8	60.4	65.8	65.8	75.6
Japan	54.6	48.0	53.9	57.9	60.9
Schweden	41.7	51.3	51.9	59.8	66.8
Großbritannien	63.3	79.2	79.7	79.8	87.1
USA	55.0	51.0	45.7	48.9	45.2

Tabelle 4: Altersspezifische Einstellungen zu Staatsausgaben für Renten²⁵

trieren, es gibt jedoch keinen Grund, den Älteren ihre Leistungen zu kürzen, wenn man bedenkt, wie sie im Vergleich zur Gesamtbevölkerung abschneiden.

Eine Mobilmachung nach Generationen ist deshalb eher unwahrscheinlich. Einerseits sind die wirtschaftlichen Bruchlinien noch nicht sehr ausgeprägt, und andererseits müsste eine solche Mobilisierung mehrere Schwierigkeiten überwinden. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass die zeitlichen Grenzen von Generationen oder Kohorten grundsätzlich unscharf sind – normalerweise ein Ergebnis eines simplen Akt des Willens. Diese Unschärfe erleichtert die Wahrnehmung eines gemeinsamen Schicksals nicht: wir könnten Kohorten von Fünfjährigen oder Generationen von 20 Jahren nehmen, und selbst dann wäre nicht klar, wo sie beginnen und wo sie enden. Eine zweite Schwierigkeit liegt darin, dass es innerhalb von Generationen große Unterschiede nach Klasse, Religion, Ethnie oder Geschlecht gibt, was jeglichem Versuch, ein Gefühl von ‚wir sitzen in einem Boot‘ zu erzeugen, die Überzeugungskraft nimmt. Trotz dieser Schwierigkeiten wurden die wichtigsten Revolutionen von Jugendbewegungen getragen. Dies war der Fall für die Französische

Revolution und die Oktoberrevolution, für die faschistische Revolution in Italien und auch für die nationalsozialistische Revolution in Deutschland. Die meisten Führungseliten der NSDAP, zum Beispiel, waren 1933 in ihren frühen Dreißigern und nach dem ‚Tausendjährigen Reich‘ Mitte Vierzig. Die faschistische Hymne zelebrierte die Jugend als den ‚Frühling der Schönheit‘: „Giovinezza, giovinezza, primavera di bellezza“. Die Faschisten versuchten die Jugend als Vorreiter für kulturelle und politische Veränderungen zu mobilisieren, unvermeidlich im Kampf mit der Erwachsenenwelt.²²

Hin zur Gerontokratie?

Welche Möglichkeiten haben die ‚neuen‘, sich in Zukunft vielleicht noch verschärfenden wirtschaftlichen Konflikte, ein Generationenbewusstsein zu mobilisieren? Was die altersspezifischen Einstellungen zu sozialpolitischen Themen wie z.B. der Rentenhöhe

Seite, dass die Anhebung des Rentenalters sehr unpopulär war – wieder bei allen Altersgruppen.²⁴

Wie lassen sich diese Einstellungen auf die Parteipräferenz umlegen? Altersunterschiede spielen dafür in den USA keine Rolle und sind in Deutschland kontraintuitiv, wenn man annimmt, dass ältere Personen jene Partei unterstützen sollten, die sich am meisten für den Wohlfahrtsstaat einsetzt, sprich die Sozialdemokraten. Durch die Pensionsreform von 1957 gelang es der CDU, die Agenda des Wohlfahrtsstaats für sich in Beschlag zu nehmen. Dies drückte sich dann im Vergleich zur Gesamtwählerschaft auch in höheren Wähleranteilen der CDU/CSU unter der älteren Bevölkerung aus (siehe Abbildung 1). Obwohl die LINKE momentan von den Proteststimmen von hauptsächlich älteren Personen profitiert, begünstigen Alterseffekte die CDU/CSU, die bei Bundeswahlen bei den Wählern 60+ immer mehr

stimmt Themen haben, sowohl auf lokaler als auch auf einzelstaatlicher Ebene, sind die Alterseffekte in Bezug auf ‚junge‘ Themen wie Bildung normalerweise etwas stärker als in Bezug auf ‚alte‘ Themen wie Renten oder Gesundheit. Dieser Unterschied wird jedoch durch die Dauer, die man einer Gemeinde angehört, ausgeglichen. So lässt sich z.B. bei Abstimmungen über die Erweiterung von Schulen beobachten, dass sich beim Abstimmungsverhalten jenes Bevölkerungsteils, der schon einige Zeit in der Gemeinde gewohnt hat, keinerlei Alterseffekte zeigen. Diese existieren jedoch in Gemeinden, wo Leute während ihres Ruhestandes zugezogen sind. Als alte Person in eine Gemeinde zu ziehen, erzeugt keine ausreichende Verbindung zur lokalen politischen Agenda, um so die Integration der Generationen zu fördern. Die Älteren haben zunehmendes Gewicht bei Wahlen, nicht nur wegen ihres steigenden demografischen Anteils, sondern auch auf Grund ihrer im Vergleich zu den Jungen höheren Wahlbeteiligung.²⁸ Ein ähnliches Muster ergibt sich für die Parteimitgliedschaft. Das Altern der Parteimitglieder und der Parteieliten ist unterschiedlich. Die Grünen sind eine Ein-Generationen Partei, die mit ihrer Generation gealtert ist. Ihre Eliten sind zwischen 40 und 50 Jahre alt. Die PDS war vor allem eine Partei von Rentnern, aber seit der Gründung der Linken gab es auch einige Beitritte von jungen Mitgliedern. Bis auf die Grünen sind alle Parteien mit einer höheren Zahl von Mitgliedern im Rentenalter als von solchen aus der Altersgruppe der aktiven Bevölkerung konfrontiert.

Die Parteimitgliedschaft bedeutet aber nicht notwendigerweise Macht. Im deutschen Fall – anders als anscheinend in Frankreich²⁹ – gibt es ein Paradox der Repräsentation: Die Älteren sind im Parlament und in der Regierung viel weniger vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht, und seit den 1960er Jahren ist das Durchschnittsalter der Mitglieder des Bundestags sogar etwas gesunken. Neue Formen der politischen Partizipation nehmen jedoch zu, und wir können davon ausgehen, dass diese neue Formen von Altersaktivismus mit dem Altern der 68-Generation an Bedeutung gewinnen werden.

Einige Vertreter der These eines ‚Generationengleichgewichts‘ argumentieren, dass sich das Zeitfenster, in dem man Reformen des Wohlfahrtsstaates durchführen kann, schließt, da die ältere Bevölkerung durch ihr zunehmendes Gewicht bei Wahlen mehr und mehr die politische Arena dominiert.

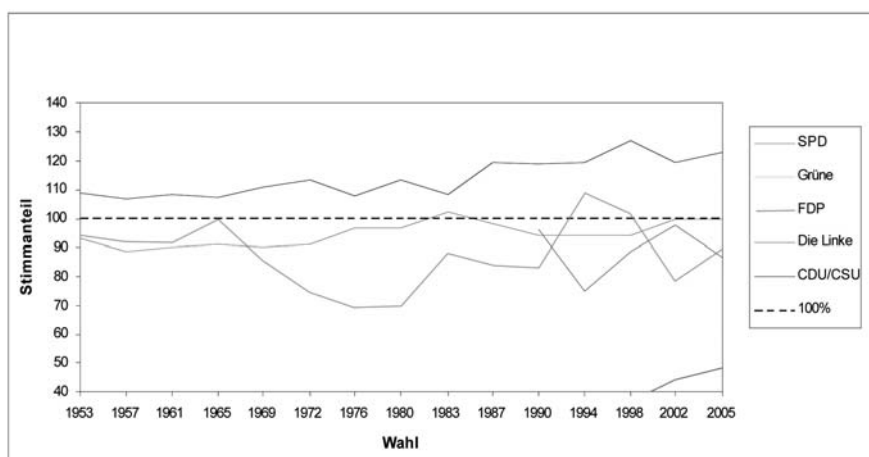


Abbildung 1: Alterskonservatismus? Stimmenanteile der Parteien bei deutschen Bundeswahlen (Anteil der Bevölkerung 60+ als Prozent des Gesamtstimmanteils)²⁷

betrifft, gaben die meisten Leute, die im *International Social Survey Program* 1996 befragt wurden, an, dass die Renten gleich bleiben oder sogar angehoben werden sollen (siehe Tabelle 4). Dies galt mit kleinen Unterschieden für alle Altersgruppen. Obwohl darauf hingewiesen wurde, dass die Steuern möglicherweise angehoben werden müssen, damit die Regierung die Renten erhöhen kann, stimmten noch immer große Teile aller Altersgruppen für eine Anhebung (es wurde eine 5-Punkte-Skala verwendet: ‚stark anheben‘ ‚anheben‘ ‚so belassen‘ ‚senken‘ ‚stark senken‘). Unter den in der Tabelle 6 enthalten Ländern erhielt der Vorschlag, die Renten anzuheben, in Großbritannien, wo die staatliche Rente am niedrigsten ist, die meiste Unterstützung.²³ Eine Umfrage des Eurobarometers 2001 zeigte auf der anderen

Seite, dass die Hälfte der Stimmen erreichen konnte.

Einige Länder – vor allem die Schweiz und die USA – bieten die Möglichkeit, über besondere Maßnahmen durch Referenda abzustimmen. In der Schweiz lieferten jene Referenden, die sich mit Generationenthemen beschäftigten (z.B. Renten oder Bildung), nur bescheidene Alterseffekte.²⁶ Viel wichtiger sind Periodeneffekte, die entweder die Linke oder die Rechte begünstigen und die einen starken Einfluss auf die junge Generation haben. Erstwähler sind besonders empfänglich für Periodeneffekte und tendieren als Kohorte dazu, während ihres gesamten Lebenslaufs ihre ursprüngliche Wahlentscheidung beizubehalten. In den USA, die häufig Abstimmungen über be-

Sie sehen einen Punkt, wo es kein Zurück mehr geben wird, wenn die Macht der Älteren so groß sein wird, dass sie jeglichen Versuch, ihre Begünstigungen zu kürzen, verhindern können. In einem Modell für Deutschland bezogen Hans-Jürgen Sinn und Silke Uebelmesser³⁰ sowohl Demografie als auch altersspezifische Wahlbeteiligung mit ein und erstellten eine Prognose des Durchschnittsalters der Wähler und des ‚Gleichgültigkeitsalters‘, in dem eine Person weder positiv noch negativ von einer Rentenreform betroffen ist. Jenseits dieser Schwelle profitieren die Leute eher von Verbesserungen der Altersvorsorge, darunter haben sie eher eine negative Bilanz, bei der die Kosten den Gewinn übertreffen. Die Annahme ist, dass eine Reform nur dann möglich sein wird, solange der Median-Wähler davon positiv betroffen ist. Die Autoren folgern, dass eine Reform noch bis 2016 durchführbar sei, da sich der Großteil der Wähler bis dahin unter dem ‚Gleichgültigkeitsalter‘ befindet. Das Jahr 2016 sei ‚Deutschlands letzte Chance‘; nach diesem Jahr werde es zu einer Gerontokratie kommen, ohne jede Möglichkeit, die Altersrenten zu kürzen. Ein solches Modell des Eigeninteresses ist natürlich mangelhaft; es setzt voraus, dass die Menschen nur nach ihrem eigenen individuellen Interesse wählen und dass Stimmenanteile direkt in spezielle Politiken umgesetzt werden – beides ist offensichtlich nicht der Fall.³¹ Bei den Älteren gibt es auch ein Interesse an den nachfolgenden Generationen, sowohl in der eigenen Familie als auch auf gesellschaftlichem Niveau. Dies führt möglicherweise zu einer noch stärkeren Tendenz zu einem gruppenorientierten („soziotropischen“) Abstimmungsverhalten als in der Gesamtbevölkerung. Ein einfaches rational choice-Modell, das annimmt, dass die Wähler ihre eigenen individuellen Interessen maximieren wollen, bietet keine valide Darstellung des Wahlverhaltens.

Parteien und Verbände als vermittelnde Organisationen

Wieso treten Alterskonflikte nicht deutlicher hervor? Ein Grund dafür sind die starken Generationenbeziehungen in der Familie. Ein anderer Grund – zumindest im korporatistischen System Deutschlands – ist die vermittelnde Funktion von politischen Organisationen wie Parteien und Verbände.³² Diese Organisationen haben spezielle Gruppen für Ältere gebildet, genauso wie für andere bislang vernachlässigte Kategorien wie

Frauen und Junge. Sie haben diese Gruppen als eine Form von internen Interessensgruppen, die die erwähnten Kategorien für die Ziele der übergreifenden Organisation mobilisieren sollen, konzipiert. Ein anderer Vorteil dieser Gruppen ist, dass sie für politische Führungskräfte die Möglichkeit zur Teilhabe außerhalb der Hauptorganisationshierarchien bieten. Jene, die z.B. den Bundestag verlassen und ihr Mandat an jüngere Kollegen übergeben müssen, können so andere Funktionen in der Senioren-Union oder ähnlichen Gruppen der anderen Parteien übernehmen. Die Idee dabei ist, die Bedürfnisse dieser Bevölkerungskategorien zu befriedigen, indem man ihnen eine spezielle Nischenorganisation zur Verfügung stellt und hofft, dass sie sich weder außerhalb der Partei mobilisieren noch sich in die Kerngeschäfte der Partei einmischen. Dies trifft noch mehr auf die Gewerkschaften zu, wo das Dilemma dadurch verstärkt wird, dass das erklärte Ziel der Gewerkschaften die Vertretung der arbeitenden Bevölkerung ist. Die Gewerkschaften sind jedoch auch auf die Unterstützung und Signalwirkung ihrer Mitglieder im Ruhestand angewiesen. Daher bieten sie ihnen spezielle Gruppen, um sich innerhalb der Gewerkschaft zu organisieren, jedoch ohne deren Kerngeschäft zu beeinflussen.³³ Die sich verändernde Generationenagenda wird durch das Gewicht dieser Gruppen widerspiegelt. In der CDU/CSU zum Beispiel hat sich in den vergangenen Jahren eine Verschiebung von der Privilegierung der Jungen hin zu dem Ziel einer Balance zwischen den Generationen vollzogen. In der Vorbereitung auf die kommenden Bundestagswahlen sind die Vorsitzenden der Jungen Union und der Senioren-Union dazu verpflichtet worden, zusammen eine Agenda der Generationenintegration zu erarbeiten. Solange diese speziellen Gruppen Erfolg haben, bleiben Alterskonflikte in der organisatorischen Reichweite der Parteien und manifestieren sich nicht auf dem offenen politischen Markt. Die grauen Parteien, die einigen Erfolg bei Wahlen (vor allem in den Niederlanden) hatten, sind die Ausnahme. Der Erfolg der meisten solcher Ein-Themen Parteien hält jedoch nicht lange an, da andere Parteien ihr Thema übernehmen und/oder sie sich durch interne Streitigkeiten selbst zerstören. Die einzige erfolgreiche Ein-Themen Partei in Deutschland sind bis jetzt die Grünen, die deshalb Erfolg hatten, weil sie ihr ursprüngliches Thema ausgeweitet haben.

Anmerkungen

- 1 Kohli 1987.
- 2 Bengtson 1993; Kaufmann 2005.
- 3 Albertini/Kohli/Vogel 2007: 319.
- 4 Kohli 2006: 1.
- 5 vgl. auch Hernes 1987; Mirowsky/Ross 1999; Esping-Andersen/Sarasa 2002.
- 6 Kohli 2006: 1.
- 7 Kohli 2006: 13.
- 8 Kohli 2007.
- 9 Kohli 2006: 3.
- 10 vgl. Daniels 1988.
- 11 vgl. Esping-Andersen et al. 2002; Esping-Andersen/Sarasa 2002; Preston 1984.
- 12 Kohli 2006: 3.
- 13 Kohli 2006: 9.
- 14 Easterlin 1980.
- 15 Thomson 1989.
- 16 Kohli 2006: 13.
- 17 Förster/Mira D’Ercole 2005.
- 18 Quellen für Tabellen 1 bis 3: Förster/Mira d’Ercole 2005.
- 19 Förster/Mira D’Ercole 2005.
- 20 Förster/Mira D’Ercole 2005.
- 21 Liebig/Lengfeld/Mau 2004.
- 22 Wohl 1979.
- 23 Hicks 2001.
- 24 Kohl 2003; vgl. auch Kohli 2006: 18.
- 25 Hicks 2001 (basierend auf dem International Social Survey Program, 1996).
- 26 Bonoli 2004.
- 27 Kohli/Neckel/Wolf 1999.
- 28 vgl. Binstock 2000.
- 29 vgl. Louis Chauvels Beitrag in dieser Ausgabe
- 30 Sinn/Uebelmesser 2002: 155.
- 31 Kohli 2006: 12.
- 32 Kohli/Neckel/Wolf 1999.
- 33 vgl. Wolf/Kohli/Künemund 1994.

Literatur

Albertini, Marco / Kohli, Martin / Vogel, Claudia (2007): Intergenerational Transfers of Time and Money in European Families. Common Patterns. In: Journal of European Social Policy, Jg. 17 (4/2007), 319-334.

Bengtson, Vern L. (1993): Is the ‘Contract Across Generations’ Changing? Effects of Population Aging on Obligations and Expectations Across Age Groups. In: Bengtson, Vern L. / Achenbaum, W. Andrew (Hg.): The Changing Contract Across Generations. New York: Aldine de Gruyter, 3-24.

Binstock, Robert H. (2000): Older People and Voting Participation. Past and Future. In:

The Gerontologist, Jg. 40 (1/2000), 18-31.

Bonoli, Giuliano (2004): Generational conflicts over resource allocation. Evidence from referendum voting on social policy issues in Switzerland. In: Konferenz 'Erosion oder Transformation des Sozialstaates?'. Fribourg/Switzerland.

Daniels, Norman (1988): Am I My Parents' Keeper? An Essay on Justice Between the Old and the Young. Oxford: Oxford University Press.

Easterlin, Richard A. (1980): Birth and fortune. The impact of numbers on personal welfare. New York: Basic Books.

Esping-Andersen, Gøsta et al. (2002): Why We Need a New Welfare State. Oxford: Oxford University Press.

Esping-Andersen, Gøsta / Sarasa, Sebastián (2002): The Generational Contract Reconsidered. In: Journal of European Social Policy, Jg. 12 (1/2002), 5-21.

Förster, Michael / Mira d'Ercole, Marco (2005): Income Distribution and Poverty in OECD Countries in the Second Half of the 1990s. In: OECD Social Employment and Migration Working Papers, 22. Paris: OECD. <http://ideas.repec.org/p/oec/elsaab/22-en.html>. (am 16.07.2008).

Hernes, Helga Maria (1987): Welfare State and Women Power. Oslo: Norwegian University Press.

Hicks, Peter (2001): Public Support for Retirement Income Reform. OECD Labour Market and Social Policy Occasional Papers, 55. <http://ideas.repec.org/p/oec/elsaaa/55-en.html>. (am 16.07.2008).

Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Gibt es einen Generationenvertrag? In: Kaufmann,

Franz-Xaver (Hg.): Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen. 2. Auflage. Wiesbaden: VS. (1. Ausgabe 2002), 161-182.

Kohl, Jürgen (2003): Citizens' opinions on the transition from work to retirement. In: ISSA 4th International Research Conference on Social Security 'Social Security in a Long Life Society'. Antwerpen.

Kohli, Martin (1987): Retirement and the Moral Economy: An Historical Interpretation of the German Case. In: Journal of Aging Studies, Jg. 1 (2/1987), 125-144.

Kohli, Martin (2006): Aging and Justice. In: Binstock, Robert H. / George, Linda K. (Hg.): Handbook of Aging and the Social Sciences. 6. Auflage. San Diego/Kalifornien: Academic Press. (1. Ausgabe 1981), 456-478.

Kohli, Martin (2007): The institutionalization of the life course. Looking back to look ahead. In: Research in Human Development Jg. 4 (2007), 253-271.

Kohli, Martin / Neckel, Sighard / Wolf, Jürgen (1999): Krieg der Generationen? Die politische Macht der Älteren. In: Niederfranke, Annette / Naegele, Gerhard / Frahm, Eckart (Hg.): Funkkolleg Altern, (Bd. 2). Opladen: Westdeutscher Verlag, 479-514.

Liebig, Stefan / Lengfeld, Holger / Mau, Steffen (2004): Einleitung. Gesellschaftliche Verteilungsprobleme und der Beitrag der soziologischen Gerechtigkeitsforschung. In: Liebig, Stefan / Lengfeld, Holger / Mau, Steffen (Hg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt/M: Campus, 7-26.

Mirowsky, John / Ross, Catherine E. (1999): Economic Hardship Across the Life Course.

In: American Sociological Review, Jg. 64 (1999), 548-69.

Preston, Samuel H. (1984): Children and the Elderly. Divergent Paths for America's Dependents. In: Demography, Jg. 21 (4/1984), 435-457.

Sinn, Hans-Werner / Uebelmesser, Silke (2002): Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany. In: European Journal of Political Economy, Jg. 19 (1/2003), 153-158.

Thomson, David (1989): Selfish Generations. The Ageing of the Welfare State. Wellington: Allen & Unwin.

Wohl, Robert (1979): The Generation of 1914. Cambridge/Massachusetts: Harvard University Press.

Wolf, Jürgen / Kohli, Martin / Künemund, Harald (Hg.) (1994): Alter und gewerkschaftliche Politik. Auf dem Weg zur Rentnergewerkschaft? Köln: Bund-Verlag.



Dr. Martin Kohli ist Professor für Soziologie am Europäischen Hochschulinstitut (Fiesole/Florenz) und an der Freien Universität Berlin (seit 1977; seit Oktober 2007 a.D.). Er

war u.a. Fellow am Institute for Advanced Study (Princeton), am Collegium Budapest und am Hanse Wissenschaftskolleg sowie Gastprofessor oder Gastwissenschaftler in Harvard, Stanford und Columbia. Von 1997-1999 war er Präsident der European Sociological Association.

Kontaktdaten:

European University Institute, Dept. of Social and Political Sciences, Via dei Roccettini 9, I-50014 San Domenico di Fiesole
Tel.: +39 055 4685-273,
martin.kohli@eui.eu